

NIEDERSCHRIFT

über die 2. Sitzung des Ausschusses für Natur und Umwelt des Donnersbergkreises in der 10. Wahlperiode 2019/2014

in Kirchheimbolanden, kleiner Sitzungssaal
am Donnerstag, 12. November 2015, 15.00 Uhr

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführerin: Verwaltungsfachangestellte Tatjana Herbrandt

Teilnehmer/innen: siehe Anwesenheitsverzeichnis

I. Eröffnung und Begrüßung:

Landrat Werner eröffnet die 2. Sitzung des Ausschusses für Natur und Umwelt des Donnersbergkreises und begrüßt die Anwesenden.

II. Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Genehmigung der Niederschrift der 1. Sitzung vom 23.04.2015
2. Kreismülldeponie Eisenberg, Deponiegasfassung und –entsorgung
3. Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Donnersbergkreises 2015-2019
4. Umweltbildung
Vorstellung und Beratung der Ergebnisse des 2. SchülerUmweltParlaments

Aufgrund der Änderung des Stärkeverhältnisses der im Kreistag vertretenen politischen Gruppen wurden im Oktober 2015 die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Natur erneut gewählt. Vor Eintritt in die Tagesordnung werden die Mitglieder deshalb von Landrat Werner per Handschlag zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Pflichten verpflichtet.

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Genehmigung der Niederschrift der 1. Sitzung vom 23.04.2015

I. Sachverhalt:

Änderungswünsche zur Niederschrift werden nicht geäußert. Allerdings vermisst Klaus Lincker (FDP), die in der Niederschrift auf Seite 7 angekündigten Zahlen für das Jahr 2014.

Landrat Werner sichert zu, die Zahlen der Niederschrift über die heutige Sitzung beizufügen.

II. Beschluss:

Der Ausschuss für Natur und Umwelt des Donnersbergkreises genehmigt einstimmig die Niederschrift der 1. Sitzung vom 23.04.2015.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Kreismülldeponie Eisenberg, Deponiegasfassung und -entsorgung

I. Sachverhalt:

Landrat Werner begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Töne, der den Abschlussbericht zum „Messprogramm und Auswertung zur Deponiegasfassung und –entsorgung“ näher vorstellen wird.

Dezernatsreferent Albert Graf: „Die im Bereich der Kreismülldeponie Eisenberg 1991 zur schadstoffarmen Entsorgung/Verbrennung des anfallenden Deponiegases installierte Hochtemperaturfackel kann aufgrund der erheblich zurückgegangenen Gasmengen, nicht mehr betrieben werden.“

Um die Voraussetzungen einer zukünftigen, genehmigungskonformen Deponiegasbehandlung (derzeitiger Grenzwert für Methanemissionen nach TA Luft: Massenstrom 0,5kg/h, derzeitige Emission vom Deponiekörper: Massenstrom rd. 11kg/h, der gleichzusetzen ist mit einem Ausstoß von rd. 2.000 t CO₂ pro Jahr) zu ermitteln, wurde in Zusammenarbeit mit dem Ingenieur-

büro Grontmij ein Deponiegasmessprogramm über ein halbes Jahr durchgeführt. Dieses Messprogramm wurde im Vorfeld im Juli 2014 mit der zuständigen Genehmigungsbehörde abgestimmt. Ende März dieses Jahres wurde das Messprogramm abgeschlossen. Im Ergebnis hat sich gezeigt, dass die überwiegende Anzahl der Gasbrunnen noch ein vergleichsweise hohes Methangaspotenzial aufweist, welches einer weiteren Behandlung/Entsorgung bedarf. Bei der Fortführung der aktiven Entgasung dürften Methangehalte größer 20 Vol.-% im Sammelgas erwartet werden.

Die zukünftig sicherste Lösung stellt die Installation einer Schwachgasfackel dar, um die Methangehalte bis 6 Vol.-% umweltgerecht zu behandeln/entsorgen. Mit Stützfeuerung von reinem Methan (Erdgas) kann Deponiegas mittels dieser Technik sogar bis zu einem Methangehalt von 3 Vol.-% umweltgerecht behandelt werden. Im Rahmen der Vorstellung der Messergebnisse bei der zuständigen Genehmigungsbehörde im August 2015 wurde auch der Vorschlag der Installation einer Schwachgasfackel unterbreitet und von dieser als gut erachtet.

Gleichzeitig wurde die Teilnahme an der von der Bundesregierung initiierten „Nationalen Klimaschutzinitiative“ (NKI) angesprochen, durch die z. B. der Einsatz geeigneter Technologien zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen bei stillgelegten Siedlungsabfalldeponien gefördert wird. Voraussetzung für eine Förderung ist die Erstellung einer sogenannten Potenzialanalyse und der Nachweis einer 50% igen Reduzierung von Treibhausgasemissionen. Im Rahmen der Potenzialanalyse gilt es die Vorgehensweise und Technik zu ermitteln, zu beschreiben und nachzuweisen, wie das derzeitige Treibhausgaspotenzial bei der Kreismülldeponie Eisenberg um mindestens 50 % reduziert werden kann.

Die Förderquote liegt bei max 50% der Investitionskosten (max. 450.000 €).

Die sog. Potenzialanalyse, die Voraussetzung für die Förderung von investiven Maßnahmen zur Treibhausgasreduktion ist, muss von einem erfahrenen, qualifizierten Ingenieurbüro erstellt werden und würde ebenfalls gefördert.

Der Abschlussbericht zum „Messprogramm und Auswertung zur Deponiegasfassung und –entsorgung“ wird in der Sitzung zusammenfassend vorgestellt.“

Anschließend stellt Herr Töne den Abschlussbericht anhand einer Power-Point-Präsentation vor.

Lisett Stuppy (B90/Grüne) erscheint zur Sitzung.

Landrat Werner bedankt sich für die Erläuterungen. Die Installation einer Schwachgasfackel zeigt sich als der einzig vernünftige Weg, um die Sicherheit der Deponie Eisenberg auch künftig zu gewährleisten. Für Landrat Werner stellt sich die Frage, ob die bisherigen Gasbrunnen weiterhin verwendet werden können und was mit dem Stickstoff geschieht.

Herr Töne sichert zu, dass keine neuen Brunnen anzulegen sind. Den Stickstoff, der kein Schadgas in dem Sinne ist, wird man einfach in die Luft entweichen lassen.

Regina Pohl (CDU) merkt an, die Messungen wurden mit einer niedrigen Umgebungstemperatur durchgeführt. Sie möchte wissen, ob im Sommer der Gehalt des Methangases steigt und ob die Schwachgasfackel dann ausreicht, um die Mengen zu verbrennen.

Herr Töne bestätigt, dass die Gasmenge geringfügig ansteigen wird - die Schwachgasfackel allerdings ausreicht, um diese Mengen zu verbrennen.

Christopher Ströhla (CDU) spricht die erwähnte mögliche Wärmenutzung an und möchte wissen, wie diese zu realisieren wäre.

Herr Töne entgegnet, diese Möglichkeit wurde natürlich ebenfalls geprüft. Da der Standort der Deponie allerdings sehr weit außerhalb liegt, würde die Realisierung eines solchen Anschlusses sehr schwierig werden.

Albert Graf ergänzt, früher wurde das Gas verstromt, als die entsprechende Qualität und Quantität vorhanden war. So konnte viele Jahre Strom produziert und ins Netz eingespeist werden.

Lisett Stuppy (B90/Grüne) möchte wissen, ob dieses Projekt im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes gefördert werden könnte.

Albert Graf verdeutlicht, die Deponien werden separat gefördert. Hierzu besteht eine Förderung, die speziell auf die Nachsorge von Deponien und das Thema Gas angesetzt ist. Man hofft, dass dieses Projekt mit rd. 50% Fördermittel bezuschusst wird. Die Chancen seien relativ gut, da der Fördertopf noch relativ voll ist und derzeit wenig Interessenten vorhanden sind.

Klaus Lincker (FDP) spricht die TA Luft an. Es sei durch Diskussionen bekannt, dass diese Verordnung ziemlich veraltet ist. Wie aktuell sind denn diese Werte?

Herr Töne informiert, es wurde die aktuellste TA Luft berücksichtigt. Allerdings gilt es in diesem Fall eher die Deponie vor Ort zu begutachten und eine Lösung zu finden, die auch dem heutigen Stand der Technik entspricht, um die Sicherheit für mehrere Jahre zu gewährleisten.

Michael Groß (SPD) interessiert sich für die Höhe der laufenden Betriebskosten in den Folgejah-

ren.

Herr Töne gibt diese mit rd. 1500 € im Jahr an.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr erfolgen, stellt Landrat Werner folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

II. Beschluss:

Der Ausschuss für Natur und Umwelt empfiehlt, eine Schwachgasfackel auf der Kreismülldeponie in Eisenberg zu errichten und den entsprechenden Förderantrag aus dem Nationalen Klimaschutzprogramm zu stellen sowie die hierzu erforderliche Potenzialanalyse zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Donnersbergkreises 2015-2019

I. Sachverhalt:

Dezernatsreferent Albert Graf erläutert ausführlich das Abfallwirtschaftskonzept.

Lisett Stuppy (B90/Grüne) stellt fest, dass die Fortschreibung einige Veränderungen mit sich bringt, die ganz stark auf Vermeidung und Verwertung abzielen. Das Konzept zeigt auch, dass Abfallwirtschaft kein langweiliges oder lahmes Thema sei. So sind immer Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden, sowohl in ökologischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Besonders wichtig ist ihr die Öffentlichkeitsarbeit, gerade auch mit Kindern und Jugendlichen.

Christa Mayer (SPD) findet das Konzept ausgewogen und die erzieherische Wirkung für die Zukunft sei sehr gut. Sie möchte wissen ob, nachdem das Verfahren im Bereich der Sperrmüllabholung umgestellt wurde, sich die Wertigkeit des Sperrmülls verändert hat.

Albert Graf informiert, zum einen pendelt sich die Menge wieder einigermaßen auf die Größenordnung ein, wie vor der Umstellung. Es wird auch weiterhin in verschiedenen Fraktionen gesammelt, wie z. B. Altmetall, Elektroschrott, Restsperrmüll usw. Diese Trennung der Stoffe ist seit der Umstellung viel besser geworden. Auch der Ärger durch die Sperrmüllsammler konnte damit deutlich reduziert werden.

II. Beschluss:

Der Ausschuss für Natur und Umwelt des Donnersbergkreises empfiehlt dem Kreistag, das fortgeschriebene Abfallwirtschaftskonzept 2015-2019 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Umweltbildung, Vorstellung und Beratung der Ergebnisse des 2. SchülerUmweltParaments

I. Sachverhalt:

Barbi Driedger-Marshall informiert auf Bitte von Landrat Werner über das SchülerUmweltParlament anhand einer Power-Point-Präsentation.

Detlef Osterheld (FWG) verlässt um 16.55 Uhr die Sitzung.

Albert Graf ergänzt, die Ergebnisse des Schülerumweltparlamentes seien mittlerweile immer Gegenstand der Schulleiterbesprechungen. So werden die Informationen auch an die Schulen weiter transportiert. Eine Berichterstattung im Internet erfolgt ebenfalls.

Christa Mayer (SPD) regt an, zum Thema Bachpatenschaften den Schulen spezielle Koffer zur Verfügung zu stellen, um die Gewässer auch untersuchen zu können. So könnten die Schüler zusätzlich unterstützt und motiviert werden.

Das Schülerumweltparlament nimmt zwei Aufgaben ganz toll wahr, so Lisett Stuppy (B90/Grüne). Zum einen werden die jungen Menschen an aktuelle politische Themen herangeführt; diskutieren und machen sich Gedanken darüber. Zum anderen ist es ein Instrument der Beteiligung, das auf jeden Fall weiterhin unterstützt werden soll.

Klaus Zelt (FWG) führt zum Thema Bachpatenschaften aus, dass hierbei viel Wert auf Konstanz zu legen ist. Dies kann allerdings nicht allein über die Schüler geschehen. Viel mehr gilt hier, die Schulleitungen mit einzubeziehen und dieses Thema in die Philosophie der Schule einzubinden.

Landrat Werner gibt ihm recht, dass auch Lehrer und die Schulleitung mit einzubeziehen sind. Die Schüler könnten allerdings die Initialwirkung geben.

Christa Mayer (SPD) ist ebenfalls der Meinung, es müsse gut durchdacht werden. Nach den

Lehrplänen gibt es verpflichtende Themen, bei denen die Bachpatenschaften hervorragend mit einfließen könnten. Es bietet sich über die Ganztagschulen auch an, externe kompetente Bürger einzubinden, die solch eine AG leiten könnten, falls an der Schule kein Kollege bereit wäre, sich in dem Bereich zu engagieren.

II. Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt den Bericht zu den Ergebnissen des 2. SchülerUmweltParlaments zur Kenntnis.

Landrat Werner dankt den Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt um 17.05 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Natur und Umwelt.

gez.
Vorsitzender
(Werner)

gez.
Schriftführerin
(Herbrandt)

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

ABSCHLUSS

Tag der Einladung: 29.10.2015

Tag der Sitzung: 12.11.2015

Sitzungsort: Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 17.05 Uhr

| | |
|---|----|
| Zahl der Mitglieder des Ausschusses für Natur und Umwelt | 14 |
| Zahl der anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Natur und Umwelt | 12 |
| Zahl der abwesenden Mitglieder des Ausschusses für Natur und Umwelt | 2 |

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführerin: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt